

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettlergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler in Hamburg, Haasenstejn & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 19. März, 7 1/2 Uhr Abends.
Berlin, 19. März. Der „Staatsanzeiger“ publizirt die Bundesverträge mit Bayern und Baden vom August v. J. Durch diese Verträge wird dem Könige von Preußen im Kriegsfall der Oberbefehl über die Truppen der beiden Staaten übertragen. Der König von Preußen garantirt den Fürsten beider Länder ihren Besitzstand.
Der Reichstag nahm in seiner heutigen Sitzung die Artikel 2 und 3 des Verfassungs-Entwurfs, enthaltend die Bundesgesetzgebung und das Indigenat an; alle dazu gestellten Amendements wurden verworfen.

Berlin. Die national-liberale Fraction hat eine Reihe weiterer Amendements zu der Bundesverfassung beschloffen. Dieselben schließen sich ziemlich genau an die entsprechenden Bestimmungen der preuß. Verfassung an. Erwähnen wollen wir nur noch, daß von der Fraction auch ein Antrag eingebracht werden wird, welcher die geheime Abstimmung bei den Wahlen wahr. — Einem Gerüchte zufolge soll die Regierung ein Budget im Allgemeinen auf 3 Jahre und eine Uebergangsbestimmung für das Militär-Budget auf fünf bis sechs Jahre von den Conservativen beantragen lassen wollen.
— Der R. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Cronau zu Königsberg ist in die Betriebs-Inspectorstelle der Debra-Hanauer Eisenbahn nach Fulda versetzt; der R. Eisenbahn-Baumeister Vogel zu Dirschau zum R. Eisenbahn-Bau-Inspector ernannt und demselben die Betriebs-Inspectorstelle zu Königsberg verliehen und der bei dem Bau der Debra-Hanauer Eisenbahn beschäftigte Eisenbahn-Ingenieur Rod zum R. Eisenbahn-Baumeister ernannt und bei der Ostbahn zu Dirschau angestellt worden.

— Das Genossenschaftsgesetz hat in beiden Häusern des Landtages nur solche Aenderungen erfahren, welche von der Staatsregierung für annehmbar erklärt wurden. Seit Schluß des Landtags sind fünf Wochen verfloffen, ohne daß die Gesetzsammlung dieses Gesetz verkündigt hätte. Wie die „Nö. Bzg.“ hört, liegt die Verzögerung lediglich daran, daß die „Instruction“ zur Ausführung des Gesetzes, die im Justizministerium ausgearbeitet wird, noch nicht fertig ist.
— Die schlesw.-holst. Abgg. Schrader, Baudiffin, Voßelmann, Franke, Jansen haben beantragt, 5 Artikel der Bundesverfassung einzuverleiben, welche mit den Art. 5—8, 12—16, 27, 29, 30 und 33 der preuß. Verfassung (Garantie der persönlichen Freiheit, der Religions-, der Press-, der Versammlungs-Freiheit und des Briefgeheimnisses) wörtlich übereinstimmen.

— In Ansbach stand am 12. März der Redactor des „Nürn. Anzeigers“, Hr. G. Meyer, vor dem Schwurgericht wegen „Amtshandlungsbeleidigung“ des weiland Ministers v. d. Pfordten, der im „Nürn. Anz.“ in einem nicht sehr sauberen mythologischen Vergleich mit dem ägyptischen Osiris gebracht war. Meyer wurde zum sechszehntenmal freigesprochen, und die gerichtliche Verhandlung war eben nur wieder ein bequemes Mittel, zum schadenfrohen Ergötzen des Publikums, ein breites ministerielles Sündenregister aufzurollen. In England erspart man den Ministern und sonstigen Würdenträgern, so lange sie nicht in ihrem sittlichen Charakter angegriffen sind, solche staatsanwaltliche Freundesdienste, und sie besinnen sich besser dabei. (N. Allg. Bz.)

Oesterreich. Wien 17. März. (S. N.) Die serbische Regierung wurde seitens der Westmächte aufgefordert, sich über die Existenz und eventuell über den Inhalt des angeblich von ihr mit Montenegro abgeschlossenen Vertrages auszusprechen.

England. London, 16. März. Das Unterhaus hat nur mit einer Stimme Majorität einer gegen die Peitschenstrafe in der Armee gerichteten Erklärung zugestimmt. Hr. Otway brachte die Motion ein. Nach einem amtlichen Berichte des J. 1865 wurden 441 Soldaten mit 22,275 Hieben bestraft, und zwar wegen Trunklucht, Flucht aus dem Gefängnisse, Ungehorsams, Verlust von Ausrüstungsgegenständen und schließlich wegen eines Verbrechens neuer Art, welches den Titel führt: „Diverses.“ Otway hob hervor, daß in den letzten großen Kriegen die Armeen Rußlands und Oesterreichs, wo die Prügelstrafe noch herrsche, geschlagen worden seien, während das französische und das preussische Heer, wo jene entehrende Strafe abgeschafft sei, glänzende Siege erlitten hätten. Sir J. Pakington glaubte der Verurteilung auf Preußen und Frankreich die Spitze abbrechen zu können, indem er einfach behauptete, das sei freilich wahr; aber wo ein englischer Soldat die Peitsche erhielt, da würde der französische oder preussische Soldat erschossen oder auf lange Zeit eingekerkert. Von dem Manne, der erst vor ein paar Tagen das Kriegsministerium übernommen hat, war freilich die weitere Begründung dieser Behauptung nicht zu verlangen. General Peel erklärte mit seiner rauen Offenherzigkeit: „Die Peitschenstrafe ist zur Aufrechterhaltung der Mannszucht eine absolute Nothwendigkeit.“ Geschichte sei das einzige Ersatzmittel, welches sich für die Peitsche bieten lasse, und zur Kugel wolle er seine Zuflucht nicht nehmen.

Frankreich. Paris. [Sitzung des gesetzgebenden Körpers v. 16. März.] Rouher giebt eine Vertheidigung der Regierung. Die Lage Frankreichs sei nie sicherer gewesen als jetzt. Auf die Behauptung Thiers', daß Frankreich keine Verbündete habe und daß Preußen seine Macht noch ausdehnen werde, meint Rouher, daß Frankreich in Gemeinschaft mit England schon wissen werde, ungezügelt Leidenenschaften im Saume zu halten, und daß, wenn Rußland wieder vorgehen wolle, wie es dies 1854 gethan, so werde es auf die nämlichen Hindernisse stoßen, wie damals. Die fran-

zösische Regierung werde nach wie vor die Türkei in ihren Schutznahmen und eine Lösung finden, die der Gerechtigkeit und Menschlichkeit entspreche. Er giebt zu, daß Frankreich keine Verbündeten, aber auch keine Feinde habe. In Anbetracht der Lage, in der sich Europa befindet, könne man sagen, daß die Mächte voll des besten Einvernehmens und keine Feindschaft gegen einander hegen. Was die französische Nation anbelange, so beschäftige sie sich mit der Entwicklung ihres Reichthums, und sie brauche keine Unruhe zu haben, da sie sich unter dem Scepter eines Napoleons befinde. — Jules Favre bekämpft Rouher, und an die letzten Worte, daß der politische Horizont ganz klar und heiter sei, antwortend, meint er: „Wenn dem so ist, so lege ich dem Minister die Frage vor, warum er die Ruhe des Landes stört, indem er ihm das neue Militärgesetz vorlegt. Warum diese Zwangs-Aushebung, die unter die Bevölkerung einen so großen und legitimen Schrecken geworfen hat? Was den deutschen Bund anbelangt, der nach Hr. Rouher Frankreich so gefährlich gewesen, so seien die Restauration und die Juli-Monarchie nie in der Nothwendigkeit gewesen, ein so hohes Militärbudget vorzulegen, wie es heute die Regierung gethan. Sie verschaffen dem Lande Achtung mit einer Streitmacht, die zehnmal geringer gewesen sei, als die man heute aufstellen wolle. Der deutsche Bund sei also keine Drohung für Frankreich gewesen.“ Jules Favre meint, daß die blutige Schlacht vonadowa ganz Europa erschüttert habe; man habe gefühlt, daß eine große Krisis herannahe und daß nicht allein eine kaiserliche Krone, sondern der Weltfriede in Gefahr sei. Er erinnert nun an das Document, worin Frankreich gesagt, daß, wenn der Krieg in Deutschland zur Vergrößerung einer einzigen Macht Anlaß gäbe, Frankreich einschreiten werde; man habe seitdem diese Idee aufgegeben, und dies beweise, daß die Philosophie nicht allein in das Dachzimmer des Weisen eintrete, sondern auch zuweilen den Palast der Könige besuche. Er findet es auch seltsam, daß der Kaiser in seiner Rede gesagt, Frankreich habe heute nichts mehr zu fürchten, nachdem gleich nach dem 4. Juli in allen officiellen Documenten von der ersten Lage der Dinge gesprochen worden. Er citirt hierauf mehrere Stellen aus der Rede des Kaisers, unter Anderen die, wo er gesagt, daß Frankreich dem Kampfe jenseit des Rheines als unparteiischer Zuschauer beigewohnt. Walewski fällt hier Favre ins Wort und fordert ihn auf, bei der Frage zu bleiben. Es entspinnt sich hierauf zwischen dem Redner und dem Präsidenten eine längere Debatte. Walewski verlangt, daß die Rede des Kaisers außer der Verhandlung gelassen werde. Favre erklärt, dies sei eines der wenigen Rechte der Kammer, das er daher nicht aufgeben könne; er appellirt an die Kammer und schließt: „Die Verfassung erklärt den Kaiser für verantwortlich. Die Verfassung wäre nur ein Wort, wenn wir nicht das Recht hätten, seine Meinungen einer Discussion zu unterwerfen.“ J. Favre citirt weitere Stellen aus der Rede des Kaisers. (Die Sitzung dauert fort.) (R. B.)

Italien. Florenz, 12. März. Die weiteren Nachrichten über den Ausfall der Wahlen sind nicht so erfreulich wie die ersten. Bis gestern Abend war das Ergebnis von 378 Wahlen bekannt, darunter 164 definitive. Diese definitiven Wahlen wurden in den der Regierung nahestehenden Kreisen folgendermaßen eingetheilt: 90 governementale, 13 unbestimmte, 61 oppositionelle. In andern 214 Fällen ist Ballotage erforderlich; es wird gehofft, daß in 143 Fällen der governementale und nur in den übrig bleibenden 71 Fällen der oppositionelle Candidat siegen werde. Allein ich fürchte, daß diese Rechnung etwas zu optimistisch gemacht ist. Die Wahlen der neapolitanischen und der sicilianischen Provinzen lassen sich nicht so schnell und sicher überschauen, wie die der ober- und mittellitalienischen Provinzen; was aber von den neapolitanischen Wahlen bekannt ist und ein sicheres Urtheil erlaubt, läßt beforgen, daß sie im ganzen noch schlimmere Ergebnisse geliefert haben als im Jahre 1865. (N. Allg. Bz.)

Rußland und Polen. * Warschau, 18. März. Die Nachrichten von Truppen-Concentrationen an der galizischen Grenze sind allerdings unrichtig; es sind im Gegentheil die Garnisonen in Polen durch außerordentliche Verurlaubungen bis auf ein Drittel ihres Bestandes reducirt; dennoch sind kriegerische Vorbereitungen, freilich nicht für die allernächste Zukunft, nicht zu verkennen. Die Wälle der Festungen werden mit großen Geschützen neuer Construction versehen, und in den Gewehrfabriken herrscht eine außerordentliche Regsamkeit. Auch werden Urlaube nach dem Auslande an Officieren nur äußerst selten bewilligt, und auch in den seltenen Fällen nur unter der Bedingung, dem Stabe von jeder Ortsveränderung sofort Mittheilung zu machen, und auf telegraphischen Ruf sich sofort zu stellen. — Daß die hiesige Citadelle in sehr ausgedehnter Weise und unaufhörlich erweitert wird, dürfte auch nicht friedliche Zeiten erwarten lassen. Es werden in diesem Sommer bedeutende Demolirungen stattfinden, und die Festungswerke bis in die Franziskanerstraße hinein gezogen werden. Unter den zu demolirenden Gebäuden befindet sich auch das hiesige Irrenhaus, welches schon jetzt nach dem zu den Gebäuden der aufgehobenen Ober-Rechnungskammer gehörenden Gartenhause verlegt wird. Das große und schöne Frontgebäude dieser Rechnungskammer wird zur Caserne verwandelt, dagegen wird die älteste und größte Cafeterie Warschaus, die sogenannte Wolhynische, gänzlich demolirt. — Man spricht von einer Contribution von 15 Mill. Silb.-Rubel, die man in Petersburg dem Königreiche Polen zur Deckung der Kriegskosten von 1863/4 aufzulegen beabsichtigt. Graf Berg soll jedoch Vorstellungen nach Petersburg gemacht haben, um die absolute

Unabhängigkeit nachzuweisen, von dem verarmten Lande noch eine Contribution zu erheben. Man erinnert sich hier daran, daß nach der Revolution von 1831 Polen an Rußland eine Kriegsteuer von 150 Millionen Gulden (22 1/2 Mill. Rbl.) zu zahlen hatte, und fürchtet deshalb, daß das Gerücht von einer jetzigen Contribution wahr sein kann.

Danzig, den 20. März.

* [Versammlung liberaler Wähler im großen Selonke'schen Saale am 18. März.] (Schluß.) Hr. Kaufmann R. Klotz ist der Ansicht, daß der Wunsch, einen Danziger Candidaten aufzustellen, ein berechtigter sei. Er sei von vornherein dieser Meinung gewesen. Individuelle Wünsche hätten aber zurücktreten müssen, als es galt, einen Mann, wie Twesten, dem Reichsparlament zuzuführen. Die Wählerschaft Danzigs habe dieser Anforderung entsprochen. Twesten sei gewählt. Aber er sei gegen alle Voraussicht nach zwei Wahlkämpfen auch in Richenbach in Schlesien gewählt. Die Anwesenden wüßten, daß Twesten hier nicht habe annehmen können; er habe selbst vor den Wählern Danzigs seine durchschlagenden Gründe dafür entwickelt. Auch Twesten habe damit wieder den Beweis geliefert, daß bei ihm persönliche Wünsche zurücktreten müßten vor den Forderungen, welche das Allgemeinwohl erheische. Twesten hätte es gewiß vorgezogen, diese große, wohlhabende und intelligente Stadt zu vertreten; aber er und seine Freunde waren der Ansicht, daß die Wähler Danzigs leichter noch einmal einen liberalen Candidaten durchbringen würden, als der ländliche Wahlkreis in Schlesien und daher nahm er dort an. Redner wendet sich nunmehr zu dem Candidaten der Conservativen, Hr. Martens. Er wolle demselben in keiner Weise zu nahe treten; aber er (Redner) sei der Meinung, daß Hr. Martens, ganz abgesehen von seinem politischen Glaubensbekenntnis, schon deshalb zum Vertreter Danzigs sich nicht eigne, weil er zu alt sei. Den Anstrengungen einer solchen Thätigkeit sei nur eine rüftige Kraft gewachsen. Hier gelte das Wort: Dem Alter seine Ehre; aber — dem Alter auch seine Ruhe! (Lebhaftes Bravo.) Was nun die politische Richtung des Herrn Martens anbetreffe, so habe man darüber seit einer Reihe von Jahren nichts vernommen. Er habe an dem öffentlichen Leben in unserer Stadt keinen Antheil genommen. Früher habe Hr. Martens zu der sog. gothaischen Partei gehört; jetzt sei er zuerst von den Mitgliedern des Preussischen Volksvereins aufgestellt. — Der in der letzten Versammlung einmüthig acceptirte Candidat Hr. Bischoff dagegen habe in jahrelanger uneigennütziger Arbeit für das Wohl unserer Stadt und unseres Landes das volle Vertrauen aller seiner Mitbürger gewonnen; seine Thätigkeit sei so bekannt, daß es einer weiteren Empfehlung nicht bedürfe. (Bravo.) Was nun die Partei Weiß-Röckner betrifft, so sei das Vorgehen derselben schon hinlänglich besprochen. Die eine Frage sei indes immer noch nicht beantwortet, wie es möglich sei, daß von jenen Herren das Ansinnen gestellt werden könnte, daß eine Wählerschaft von ca. 5000 Personen sich den Wünschen von ca. 1000 Personen in ihren Wünschen unterordnen soll? Er begrüße ein solches Verlangen nicht. Er hoffe, daß hier in der Versammlung Wähler, die zu jener Partei gehörten, anwesend seien und bitte dieselben dringend hier das Wort zu nehmen und das Verfahren jener Partei zu motiviren. Vielleicht sei noch an dieser Stelle und in letzter Stunde eine Verständigung möglich. (Lebhaftes Bravo.) Dieser Aufforderung wird jedoch von keinem der Anwesenden entsprochen. — Herr Lander stellt darauf die Frage, ob die Anwesenden es für zweckmäßig halten, die morgen ins Schützenhaus von Herrn Weiß berufene Versammlung zu besuchen. Die Versammlung ist der Meinung, daß darüber kein bindender Beschluß gefaßt werden könne, die Entscheidung darüber vielmehr Jedem überlassen werden müsse. — Nachdem noch einzelne auf die Wahl bezügliche Angelegenheiten erledigt sind, wird die Versammlung geschlossen.

* Gestern Mittag 1/2 Uhr entstand im städtischen Lazareth am Olivaer Thor Feuer. Es brannte die Dielung und Balkenlage unter einem Ofen des Stiebelzimmers im Deconomiegebäude und waren alle Bemühungen der Bewohner, den Heerd des Feuers zu entdecken und dasselbe zu löschen, vergebens gewesen. Erst der zur Hilfe herbeigerufenen Feuerwehr gelang es durch Entfernung der brennenden Holztheile und unter Anwendung einer Spritze, die Gefahr zu beseitigen. Es ergab sich hierbei, daß ein von der Küche des ersten Stockwerks zum Schornstein führendes eisernes Rohr in unmittelbarer Berührung mit der verbrannten Balkenlage stand und die Ursache zum Feuer gewesen war.

— Auf dem Müller'schen Holzfelde hierfelbst wurden gestern dem Arbeiter Davidowski aus Hochstrief durch einen fallenden Balken beide Beine zertrümmert. Der Verunglückte ist sofort in das Lazareth gebracht worden.

— Im Hotel „Drei Mohren“ entwendete gestern eine Arbeiterfrau ein Paar Herrenstiefel, wurde aber ergriffen und verhaftet.

Bemischtes.

— Ein pikanter Dialog zwischen einem Theater-Director und einer bekannten Schauspielerin wird in einem Hamburger Blatte folgendermaßen wiedergezählt: Director: Alle Wetter! Sie kommen schon wieder zu spät zur Probe! — Schauspielerin: Ja, ich mußte mir erst mein Haar käufeln lassen. — Director: Dazu war Ihre Gegenwart doch nicht nöthig!

Verantwortlicher Redacteur: S. Nidert in Danzig.

